**Deutscher Bundestag** **Drucksache 14/6623**

**14. Wahlperiode** 04. 07. 2001

# Antrag

**der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ina Albowitz, Ulrich Irmer, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Jörg van Essen, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Cornelia Pieper, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.**

## Für einen substantiellen deutschen Beitrag zum Aids-Sonderfonds der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

20 Jahre nach ihrem Ausbruch ist die Immunschwächekrankheit Aids zu einer globalen Epidemie geworden. 22 Millionen Menschen sind gestorben, 36 Millionen infiziert, über 70 Prozent davon leben in Afrika. Allein im vergangenen Jahr haben sich ca. fünf Millionen neu angesteckt. Etwa 90 Prozent aller betroffenen Kinder sind afrikanische Kinder, 12 Millionen verloren seit Beginn der Epidemie ihrer Eltern. Selbst bei sinkender Infektionsrate wird nach Berechnungen der Vereinten Nationen jeder zweite der heute 15-Jährigen in Subsahara Afrika an der Immunschwäche sterben. Die durchschnittliche Lebenserwartung in besonders betroffenen Ländern wie Botswana und Simbabwe wird in den nächsten Jahren auf unter 30 Jahre sinken.

Inzwischen ist in den am meisten betroffenen Ländern aus der medizinischen Katastrophe längst auch eine wirtschaftliche geworden. Bis 2010 wird das Pro-Kopf-Einkommen in den am meisten betroffenen Ländern um ca. acht Prozent tiefer liegen als heute. Die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen hat sich auf Grund der Aids-Epidemie nach Weltbankberechnungen bereits dramatisch erhöht. In vielen Ländern südlich der Sahara stirbt die wirtschaftlich aktive Bevölkerung aus. Die Seuche ist zum negativen Standortfaktor geworden. In allen wesentlichen Wirtschaftssektoren, Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen, sind extreme Produktivitätsrückgänge zu verzeichnen. Finanzmittel, die bisher für Investitionen frei waren, werden jetzt für Krankenpflege, Waisenfürsorge und Bestattungen verwandt. Mit dem Zusammenbruch der Volkswirtschaft verschwinden Exportmärkte und gehen Investitionsmöglichkeiten verloren. Obwohl allein zur Behebung dieser enormen Strukturprobleme erhebliche entwicklungspolitische Anstrengungen notwendig wären, ist nach UNDP-Angaben die Entwicklungshilfe für die am schlimmsten betroffenen Länder seit 1992 um ein Drittel gesunken.

Auf der soeben beendeten Sonderkonferenz der Vereinten Nationen hat VN-Generalsekretär Kofi Annan den weltweiten Kampf gegen Aids zur absoluten

Priorität für die gesamte internationale Staatengemeinschaft erklärt und die Einrichtung eines mit zehn Mrd. Dollar ausgestatteten internationalen Fonds vorgeschlagen. Hierdurch könnte die Zahl der Neuinfektionen in den nächsten fünf Jahren weltweit um ca. ein Viertel gesenkt werden. Bis zum Abschluss der Konferenz lagen lediglich Zusagen in Höhe von 528 Mio. Dollar, u. a. aus Frankreich und den USA, vor. Der US-amerikanische Kongress hat jedoch bereits seine Bereitschaft erklärt, neben den bereits zugesagten 200 Mio. Dollar mehr als 1,3 Mrd. Dollar zur weltweiten Bekämpfung von Aids, davon 750 Mio. Dollar für den VN-Fonds, zu bewilligen.

Beim bevorstehenden G8-Gipfel in Genua vom 20. bis 22. Juli 2001 sollen die dort versammelten reichsten Industrienationen verbindliche Zusagen für die Beteiligung an dem Fonds machen. Die Bundesregierung hat zwar in New York ihre grundsätzliche Unterstützung für die Initiative des Generalsekretärs bekundet, war jedoch zur Enttäuschung der Konferenzteilnehmer nicht in der Lage, konkrete Beträge zu nennen. Der seit dem Amtsantritt der Bundesregierung stetig rückläufige Anteil der Entwicklungsausgaben am Bundeshaushalt und die vor wenigen Wochen angekündigten weiteren Kürzungen im Einzelplan 23 lassen Zweifel an der Bereitschaft und Fähigkeit der Bundesregierung aufkommen, ihren auf der VN-Sondersitzung geäußerten Worten Taten folgen zu lassen. Hierauf lässt auch die Äußerung der Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, in New York schließen, wonach mit dem Fonds allein eine Lösung des Problems nicht erreicht werden könne. Der ohnehin bescheidene deutsche Beitrag zur weltweiten Aids-Vorsorge und -bekämpfung von 140 Mio. DM in diesem Jahr wird unter den Kürzungsvorgaben im kommenden Haushaltsjahr nicht aufrechterhalten bleiben, geschweige denn ausgebaut werden können. Dies ist offensichtlich auch der Hintergrund für die Äußerung der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, bei der Vorlage des 11. Berichtes der Entwicklungspolitik der Bundesregierung, wonach ihr Haus die international eingegangenen Verpflichtungen beim weltweiten Kampf gegen Aids und bei der Armutsbekämpfung „nicht schultern“ könne. Als zweitgrößte Handelsnation der Welt und drittgrößter Beitragszahler der Vereinten Nationen steht Deutschland jedoch in einer besonderen Verantwortung, einen substantiellen Beitrag zur Befreiung der Menschheit von dieser schlimmen Geißel zu leisten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. der globalen Verantwortung Deutschlands als einer der führenden Handels- und Industrienationen der Welt gerecht zu werden und auf dem bevorstehenden G8-Gipfel in Genua einen substantiellen Beitrag in dreistelliger Millionenhöhe zu dem von VN-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufenen Sonderfonds zur weltweiten Bekämpfung von Aids zu leisten;
2. darüber hinaus den für das Haushaltsjahr 2002 vorgesehenen deutschen Beitrag zur Unterstützung des UN-Aids-Programms der Vereinten Nationen deutlich zu erhöhen;
3. in der Gestaltung der bi- und multilateralen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Projekten Vorrang einzuräumen, die Aids-Prävention und -behandlung sowie die Überwindung der durch die Aids-Epidemie entstandenen strukturellen wirtschaftlichen und sozialen Folgen zum Gegenstand haben;
4. insbesondere bei der zukünftigen sektoralen Schwerpunktbildung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Maßnahmen zur Aids-Prävention und -bekämpfung Vorrang einzuräumen;
5. bei der Erstellung der bereits seit längerem angekündigten regionalen Afrika-Konzepte einen besonderen Schwerpunkt auf Aids-Prävention und -bekämpfung in den betroffenen Regionen Afrikas zu setzen;

6. die freiwilligen Beiträge zu den an der weltweiten Bekämpfung von Aids besonders aktiv beteiligten multilateralen Organisationen wie UNDP, UNICEF und WHO deutlich zu erhöhen;
7. sich im Rahmen der Europäischen Union für eine gemeinsame Initiative im Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit mit den von der Aids-Epidemie besonders betroffenen AKP-Partnerländern für den Kampf gegen Aids einzusetzen;
8. bei der bevorstehenden WTO-Ministerkonferenz Ende des Jahres in Katar zu prüfen, inwieweit dem Antrag der Entwicklungsländer auf eine Lockerung des Abkommens zum Schutze des geistigen Eigentums (Trips) mit dem Ziel der Versorgung der ärmsten Länder mit günstigen Generika zur Behandlung von Aids Folge geleistet werden kann;
9. sich aktiv an der im Rahmen eines Public Private Partnership-Projektes zwischen fünf VN-Organisationen und internationalen Pharma-Unternehmen ins Leben gerufenen „Accelerated Access Initiative“ mit dem Ziel zu beteiligen, in besonders betroffenen Entwicklungsländern den Zugang zu medizinischer HIV-/Aids-Behandlung deutlich zu verbessern;
10. in der mittelfristigen Finanzplanung die Haushaltsansätze für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit deutlich anzuheben und die zusätzlichen Mittel vorrangig für Projekte zur Bekämpfung von Aids und zur Armutsbekämpfung einzusetzen;
11. das von der Bundesregierung anlässlich des Millennium-Gipfels der Vereinten Nationen im September 2000 angekündigte ehrgeizige „Aktionsprogramm 2015“ und die dort übernommene Verpflichtung, den Abwärtstrend des Entwicklungshaushaltes umzukehren und dem international vereinbarten 0,7 Prozent-Ziel näher zu kommen, zügig umzusetzen.

Berlin, den 3. Juli 2001

**Dr. Helmut Haussmann**
**Ina Albowitz**
**Ulrich Irmer**
**Hildebrecht Braun (Augsburg)**
**Rainer Brüderle**
**Jörg van Essen**
**Hans-Michael Goldmann**
**Dr. Karlheinz Guttmacher**
**Klaus Haupt**
**Ulrich Heinrich**
**Birgit Homburger**
**Dr. Werner Hoyer**
**Dr. Heinrich L. Kolb**
**Gudrun Kopp**
**Jürgen Koppelin**
**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**
**Dirk Niebel**
**Günther Friedrich Nolting**
**Cornelia Pieper**
**Dr. Irmgard Schwaetzer**
**Marita Sehn**
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333